

Fachkräftemangel?

"Brauchen neue Fachkräfte und müssen sie weltoffen aufnehmen" - so argumentierte die deutsche Kanzlerin Angelika Merkel am 16.12.2019 und präsentierte ein neues Einwanderungsgesetz¹ - Am 19.12.2019 präsentierte auf Sputnik Liudmila Kotlyarova Gegenteiliges:

"Ein Mythos": Sahra Wagenknecht rechnet mit Fachkräftemangel ab

Laut der Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht verbirgt sich hinter dem flächendeckenden Fachkräftemangel eine "knallharte Interessenpolitik". So wurde auf dem Fachkräftegipfel im Kanzleramt eben für ausländische Fachkräfte geworben. Während mehrere Studien den besagten Mangel belegen, verweisen viele auf andere diesbezügliche Probleme im Land.

Die **Bundesregierung** will mehr Fachkräfte von außerhalb der EU nach Deutschland holen, hieß es beim Fachkräftegipfel im Kanzleramt am Montag. Deswegen tritt am 1. März auch das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft, das den Fachkräften aus dritten Ländern den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtern soll. Es sind vor allem die Unternehmen, die den Mangel seit Jahren beklagen. Laut einer neuen Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) bezeichnen 56 Prozent der Firmen diesen als das größte Geschäftsrisiko.

The image shows a Facebook post from the CDU. The post features a graphic with a red and yellow background. The text in the graphic reads: "Weniger Bürokratie – mehr Fachkräfte". Below this, there are three bullet points: "■ Angebote für Qualifizierung und Spracherwerb verbessern", "■ Zentrale Ansprechpartner für Fachkräfte und Unternehmen anbieten", and "■ Attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen schaffen". The CDU logo is visible in the bottom right corner of the graphic. The post is dated "am Dienstag" and has a Facebook share icon in the top right corner.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine der größten Herausforderungen für unseren Wirtschaftsstandort. Das inländische Potenzial bleibt am wichtigsten bei dem Versuch, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Klar ist aber

¹ siehe <http://www.atheisten-info.at/infos/info4932.html>

auch: Nur mit ausreichend gut qualifizierten Fachkräften werden unsere Unternehmen ihre Innovationskraft bewahren, sich im globalen Wettbewerb behaupten und letztlich unseren Wohlstand sichern können. Den rechtlichen Rahmen dafür gibt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das im März in Kraft tritt.

Doch nicht viele zeigen sich von diesen Einstellungen begeistert. So meint die geschiedene Chefin der Linksfraction im Bundestag, **Sahra Wagenknecht**, in einer Stellungnahme², sollte es in Deutschland tatsächlich einen Mangel an Fachkräften geben, dann seien Regierung und Wirtschaft selbst schuld daran. "Die Politik, weil sie seit Jahren nichts gegen die chronische Unterfinanzierung der deutschen Bildungseinrichtungen tut: nichts gegen Lehrermangel, den Unterrichtsausfall, die oft unerträglichen Zustände gerade in Schulen ärmerer Stadtviertel. Und die großen börsennotierten Unternehmen, weil sie die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze in vergangenen Jahren sogar reduzierten", so die 50-jährige Volkswirtin. Sie verweist weiter darauf, dass sich die Anzahl der Jugendlichen, die sich vergeblich um eine Lehrstelle bewerben würden, von 2010 bis 2017 verdoppelt habe.

Das Gerede vom flächendeckenden Fachkräftemangel ist daher laut Wagenknecht ein Mythos, "hinter dem sich knallharte Interessenpolitik verbirgt".

Die Politikerin ist sich sicher: Wo Fachkräfte fehlen würden, müssten Unternehmen alles tun, um Beschäftigte mit guten Löhnen und dauerhaften Verträgen möglichst langfristig zu binden. So waren 2019 nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 40 Prozent aller Neueinstellungen befristet.

Dafür waren laut den BA-Zahlen im November 2019 etwa 1,49 Millionen Fachkräfte als arbeitslos beziehungsweise arbeitssuchend gemeldet im Vergleich zu den 478.000 gemeldeten Arbeitsstellen. Also mangle es nicht an Fachkräften, so Wagenknecht, sondern in erster Linie an Unternehmen, die ausbilden, gute Löhne zahlen und faire Arbeitsbedingungen bieten würden.

"Dazu sollte das Kanzleramt mal einen Krisengipfel machen, statt die Wirtschaft mit billigen Arbeitskräften aus dem Ausland zu versorgen, mit denen sie hier die Löhne drücken können und deren Fähigkeiten und Qualifikationen in ihren Heimatländern dringend gebraucht werden", schreibt die Linke-Politikerin.

"Niemand braucht da die privaten Anbieter"

Die Autoren mehrerer Studien denken anders. Eine große Umfrage im Auftrag der privaten unternehmenspolitischen Bertelsmann-Stiftung vom Februar besagte, dass Deutschland jährlich bis 2060 etwa 260.000 Zuwanderer brauchen werde. Der Autor der Studie, **Dr. Alexander Kubis**³, sagte in einem Sputnik-Interview, es gehe dabei nicht um jegliche Zuwanderer, sondern um hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Die Zuwanderung unqualifizierter Flüchtlinge sei nicht das, was der deutsche Arbeitsmarkt brauche. Auch die Abwanderung sowohl der inländischen als auch der ausländischen Arbeitskräfte sollte gestoppt werden. Auch die beiden Chefs der Gewerkschaften Verdi und Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) in Sachsen, Dr. Oliver Greie⁴ und Markus Schlimbach⁵, befürworteten in Gesprächen mit Sputnik das kommende Gesetz und die Migrationspolitik des Ministerpräsidenten Michael Kretschmer. Sie verwiesen vor allem auf die wissenschaftlichen Einschätzungen, dass bis 2030 ein Drittel der in Sachsen vorhandenen Arbeitsplätze nicht durch den vorhandenen Nachwuchs nachbesetzt werden könne.

Arbeitsmarktexperte legt nach

Zugleich verweisen manche Experten darauf, dass es nur in einigen Branchen Engpässe oder Mängel gebe, wie etwa in der Pflege, im Handwerk oder bei speziellen IT-Berufen. So meint der Arbeitsmarktexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), **Karl Brenke**, in einem Sputnik-Gespräch, diese Engpässe seien überwiegend dadurch entstanden, dass die Unternehmen erstens lange Zeit aus dem Vollen schöpfen konnten und zweitens die Entwicklung verschlafen hätten, meint Brenke. Sowohl im Pflegebereich als auch im Falle mit der Deutschen Bahn, die ja schon immer über den Mangel an Lokführern und Wartungspersonal geklagt habe, gelte die Ausbildung durch die eigenen Ressourcen. "*Niemand braucht da die privaten Anbieter.*"

"Keine Science, sondern Science Fiction"

Brenke ist auch einer, der die "merkwürdigen", "nicht überzeugenden" und "zweifelhaften" Methoden in mehreren Studien zum Thema kritisiert. Man rechne z. B. in einem MINT-Report des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln einerseits mit einer bestimmten Zahl an offenen Stellen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet seien, und andererseits mit einer bestimmten Zahl an gemeldeten Arbeitslosen.

Die Indikatoren sind laut dem Experten schwach, weil "nicht jede Arbeitskraft, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, als arbeitslos gemeldet ist".

Ein Beispiel dafür sind mehrere Auszubildende, Absolventen und Einsteiger, die nach einer unterbrochenen Zeit in den Erwerb zurückgehen wollen, wie etwa junge Mütter. Sowas finde man nicht in der Statistik. Bezüglich der

² <https://www.gruppe-wagenknecht.de/blog/hausgemachter-fachkraeftemangel/>

³ <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20190214323966107-bertelsmann-studie-zuwanderer-autor-interview/>

⁴ <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20190903325689776-sachsens-verdi-chef-zuwanderung/>

⁵ <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20190827325657780-sachsen-zuwanderung/>

Bertelsmann-Studie, die also die Zahl der nötigen Zuwanderer bis 2060 prognostiziert, verweist Brenke auf die Studien von vor 20 Jahren, deren Prognosen "völlig in den Wald gelaufen sind". Man habe da nicht berücksichtigt, dass die Leute nicht nur immer älter werden, sondern auch länger im Erwerbsleben bleiben würden.

"Solch einen Anstieg der Erwerbsquote hat man sich vor 20 Jahren überhaupt nicht vorgestellt." **Die langfristigen Prognosen bis 2060 haben laut Brenke weniger mit Science, also mit der Wissenschaft, als mit Science Fiction zu tun.**

Auch macht Sahra Wagenknecht in ihrem Artikel die Menschen darauf aufmerksam, dass die Reallöhne nur um ein schlappes Prozent gestiegen sind - ein Indikator, um Knappheiten am Arbeitsmarkt zu messen.

Brenke stimmt ihr zu. Kann es nicht sein, dass in einer stagnierenden Wirtschaft der Mangel an Arbeitskräften nicht unbedingt vom Wachstum der Löhne begleitet wird?

Schließlich wird in Deutschland in den kommenden Jahren Stagnation gewarnt. "Das ist nicht der Punkt", antwortet Brenke. Man rede ja nicht über die Situation in den nächsten Monaten, sondern über die Debatte, die nun fast zehn Jahre anhalte, wo immer über den Fachkräftemangel geklagt worden sei und der Anstieg der Reallöhne nicht wirklich dagewesen sei. "Es war also viel heiße Luft beim Geschrei der Unternehmen", sagt der Experte abschließend.
